

# Kirchliche Scheidung

**RELIGIONSPOLITIK** Mit dem Missbrauchsskandal steigt der Druck, Macht und Finanzen der Kirchen zu beschneiden. Die Union hat grundlegende Reformen bisher verhindert, mit der Ampelkoalition könnte sich das nun ändern. Die muss mit gewaltigem Widerstand rechnen.

**F**ür Prälat Karl Jüsten ist die Welt seit Ende des Jahres etwas komplizierter. Jüsten, 60, ist ein freundlicher Mann, er leitet in Berlin das Kommissariat der deutschen Bischöfe, nicht weit vom Regierungsviertel. Bislang bedeutete das für ihn direkten Zugang zur Macht.

In jeder Sitzungswoche des Bundestags feierte Jüsten donnerstagsmorgens einen Gottesdienst für die Abgeordneten von CDU und CSU, entsprechend gut waren seine Drähte zu den wichtigen Leuten der Kanzlerpartei. Doch nun regiert die SPD, gemeinsam mit Grünen und FDP, dort ist Jüsten bei Weitem nicht so gut vernetzt wie in der Union. Dabei hatte er sogar mal versucht, auch für die Abgeordneten anderer Fraktionen regelmäßig eine heilige Messe anzubieten. Die Resonanz fiel schwach aus.

Für Jüsten ist das fatal, er ist so etwas wie der Cheflobbyist der katholischen Kirche in Berlin, nun will er sich etwas Neues einfallen lassen. »Ich würde mir wünschen, dass sich künftig auch mit Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen regelmäßige Formate finden lassen«, sagt er. »Ich stelle mich gerne dem Gespräch gerade auch zu schwierigen Sachthemen, wie dem Thema Missbrauch. Wir agieren offen und transparent.«

Reden statt Predigen. Die Zeiten haben sich geändert.

Die Bundesrepublik hat nicht mehr allzu viel mit dem Staat zu tun, der vor mehr als 70 Jahren gegründet wurde. In fast allen gesellschaftlichen Bereichen hat es tiefgreifende Reformen gegeben, in der Bildung, im Sozialen, bei den Bürgerrechten. Eine Nische blieb über die Jahrzehnte weitgehend unangetastet: das Verhältnis von Kirche und Staat.

Sie sind in Deutschland nach der Verfassung nicht getrennt. Kirche und Staat sind, einerseits, miteinander verwoben, vor allem wenn es ums Geld geht – zugleich darf die Kirche, andererseits, noch immer ihre eigenen Regeln aufstellen, die der staat-

lichen und gesellschaftlichen Realität schon lange nicht mehr entsprechen, etwa im kirchlichen Arbeitsrecht. Wer für die katholische Kirche arbeitet und sich als homosexuell outet, kann auch im Jahr 2022 noch entlassen werden.

Doch womöglich kommt gerade etwas in Bewegung.

Olaf Scholz ist der erste konfessionslose Bundeskanzler, in den Reihen von SPD, Grünen und FDP setzen sich viele seit Langem für eine Entflechtung ein, für eine größere Distanz zwischen Kirche und Staat, Kirche und Politik. Nun bilden diese drei Parteien die Regierung – und die Kirchen selbst, vor allem die katholische, haben ihnen genügend Gründe geliefert, deren Privilegien zu beschneiden. Im Koalitionsvertrag ist das schon angelegt, jetzt steigt der Druck, zügig Reformen umzusetzen.

Die Missbrauchsskandale, vor allem der Umgang damit, geben all jenen recht, die nicht hinnehmen wollen, dass die Kirche ihre Skandale selbst aufklärt. In dieser Woche schaltete sich der Kanzler persönlich ein, über seinen Regierungssprecher ließ Scholz ausrichten, er sei, »wie viele andere auch, sehr erschüttert von den Erkenntnissen« über Missbrauch in der katholischen Kirche. Er dringe auf »eine klare Aufklärung der Vorwürfe«. Das war ein neuer, verschärfter Ton, eine Ansage. Und nicht nur Scholz sieht es so.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, bekennende Protestantin, erklärte die Aufarbeitung der katholischen Kirche vor wenigen Tagen für gescheitert – die Politik solle übernehmen. Die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner warf die Frage auf, »ob es überhaupt noch möglich ist, dass die Kirche intern die Aufklärung selbst bewerkstelligen kann«. Ihre Antwort: wohl kaum.

Aigner ist in der CSU, die stets fest an der Seite der Kirchen stand. So weit ist es gekommen.

Die Frage ist nun, was sich als stärker erweist: der Reformwille der Regierung – oder die Beharrungskräfte

in Kirche und Politik. Die waren schon immer stark.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, 70, war vor zwölf Jahren Bundesjustizministerin in der schwarz-gelben Koalition, als zahlreiche Missbrauchsfälle am Berliner Canisius-Kolleg und weiteren Einrichtungen der katholischen Kirche bekannt wurden. Schon damals wurde allenfalls schleppend aufgeklärt, die Ministerin thematisierte das öffentlich: Die Kirche erwecke nicht den Eindruck, dass sie konstruktiv mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten wolle, sagte sie.

Der Vorwurf war vergleichsweise milde, die Reaktion der Kirche fiel umso härter aus.

Der damalige Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, reagierte empört, der Ministerin flatterte zunächst sogar eine Unterlassungserklärung ins Haus. Kanzlerin Angela Merkel musste vermitteln. »Damals glaubte die Kirche sich noch in einem Zustand der Macht, dass sie meinte, auf diese Art gegen mich als Ministerin vorgehen zu können«, sagt Leutheusser-Schnarrenberger heute.

Die Zeiten mögen vorbei sein. Ansonsten hat sich erstaunlich wenig geändert.

Damals wurde ein runder Tisch ins Leben gerufen, Ende November 2011 gab es einen Abschlussbericht. »Ich frage mich heute, wozu das ganze Papier, wozu der Aufwand, was hat es am Ende bewirkt?«, fragt Leutheusser-Schnarrenberger. »Haben wir das alles getan, damit Jahre später wieder von der katholischen Kirche abgewiegelt wird?«

Nun müssten die Staatsanwaltschaften ran, sagt sie, müsse der Staat eingreifen. »Gutachten und Empfehlungen haben wir genug.«

Schon 2010 hatte Angela Merkel im Bundestag »Wahrheit und Klarheit« über die »verabscheuungswürdigen Verbrechen« in kirchlichen Einrichtungen gefordert. Ihren Worten ließ sie kaum Taten folgen.

## Der Kanzler sei »sehr erschüttert von den Erkenntnissen« über Missbrauch.

Steffen Hebestreit, Regierungssprecher



Andreas Chudowski



**Deutsche Bischöfe bei Requiem für verstorbenen Kardinal Karl Lehmann 2018:** Die Organisation der Täter richtet über sich selbst oder eben nicht

Zwar schuf die Bundesregierung 2010 die Stelle eines »Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs«, doch dessen Einfluss blieb begrenzt. Bis heute entscheiden die Bischöfe über den Umgang mit Skandalen. Die Organisation der Täter richtet über sich selbst. Oder eben nicht.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es tausendfachen sexuellen Missbrauch in Gemeinden, Pfarrhäusern und Sakristeien, doch er wurde vertuscht und verschleppt, die schuldigen Seelsorger wurden oft einfach in andere Gemeinden versetzt. Die meisten Verbrechen blieben ungesühnt, sie verjährten.

Erst 2020 einigte sich der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung mit der katholischen Kirche auf einheitliche Kriterien, nach denen die 27 Bistümer mit Verdachtsfällen umgehen. Die weitere Aufarbeitung in den Diözesen übernehmen nun Expertengremien. Eingesetzt und finanziert werden sie von der Kirche.

»Die Kontrolle bleibt bis heute bei den Bischöfen selbst. Das darf nicht sein«, sagt Matthias Katsch, Sprecher der Betroffeneninitiative »Eckiger Tisch«. Die Politik solle endlich den Betroffenen zu Hilfe kommen, dazu gehöre die Entschädigung der Opfer. »Das Parlament muss jetzt Biss zeigen«, sagt

Katsch. Er fordert eine staatliche Aufarbeitungskommission, wie es sie in Irland gab.

Die Ampelkoalition könnte für Katsch ein Hoffnungszeichen sein, doch er klingt pessimistisch. »Die Kirchen sind so tief verankert in Politik und Parlament, und zwar parteiübergreifend.« Ein schnelles Umdenken erwarte er nicht.

Dabei ist der politische Wille unübersehbar. Vor vier Jahren noch war im Koalitions-

vertrag von Union und SPD von »der christlichen Prägung unseres Landes« die Rede gewesen. Im Koalitionsvertrag der Ampel heißt es über die Kirchen und Religionsgemeinschaften eher kühl: »Wir schätzen und achten ihr Wirken.«

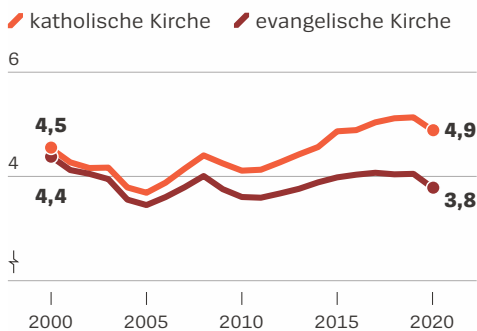
Auch bei den konkreten Vorhaben geht das rot-grün-gelbe Bündnis weiter als alle Vorgängerregierungen. So will die Ampel die sogenannten Staatsleistungen an die Kirchen ablösen, die noch auf die Enteignung von Kirchengütern zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgehen und der Kirche jährlich über 600 Millionen Euro sichern. Das System ist kompliziert, entsprechend unscharf heißt es im Koalitionsvertrag, man wolle »im Dialog mit den Ländern und den Kirchen einen fairen Rahmen« schaffen, um Schluss mit der Alimentierung durch den Staat zu machen.

Außerdem wollen die Koalitionäre prüfen, inwieweit das kirchliche dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Es wäre höchste Zeit, zuletzt bekannten 100 Angestellte der katholischen Kirche in einer ARD-Dokumentation, dass sie schwul, lesbisch, bisexuell oder transgeschlechtlich seien. Ihnen droht nach bisherigem kirchlichen Arbeitsrecht die Kündigung.

Doch im Mittelpunkt steht derzeit der künftige Umgang mit den Missbrauchsfällen. »Klar

## Im Auftrag des Herrn

Kirchensteuereinnahmen\* in Deutschland, in Mrd. Euro



\* inflationsbereinigt

Quelle: Deutsche Bischofskonferenz; Evangelische Kirche in Deutschland





Papst Benedikt XVI., Kanzlerin Merkel in München 2006: Den Worten folgten kaum Taten

ist: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder ist keine interne Angelegenheit der Kirche«, sagt Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). »Es ist in unserem Rechtsstaat zwingend, dass sich die Täter jeder noch nicht verjährten Tat vor Strafgerichten verantworten müssen und alle Hintergründe dieser Taten ausgeleuchtet werden.«

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sieht es genauso. Interne Untersuchungen der Kirche reichten nicht aus. »Die katholische Kirche muss alles dafür tun, dass diese Taten ausnahmslos aufgeklärt werden, auch durch Öffnung ihrer Archive.«

Dass der Staat sich einschalten muss, ist in der Koalition weitgehend unumstritten – nur wie genau? Da wird es komplizierter.

So wird immer wieder eine Aufklärungskommission des Parlaments gefordert, auch von einer Wahrheitskommission ist zuweilen die Rede. Konstantin von Notz, Vizefraktionschef der Grünen, hält das für schwer umsetzbar. So sei es nicht ohne Weiteres möglich, Akten über Missbrauch von der Kirche anzufordern, denn: »Die Kirche ist eine eigenverantwortliche, selbstständige und unabhängige Institution«, sagt Notz. »Die Verpflichtung einer glaubwürdigen Aufarbeitung kann ihnen niemand abnehmen. Wir brauchen aber zwingend eine Aufarbeitung der hochproblematischen Strukturen.« Dafür müsse man die Position des Missbrauchsbeauftragten stärken, wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen sei.

Für die Grünen ist der Umgang mit den Kirchen ein Balanceakt. Einerseits begreifen sie sich als feministische Partei und setzen sich seit Langem etwa für eine Reform des Abtreibungsrechts ein. Andererseits haben sie große Schnittmengen mit dem Kirchentagsmilieu.

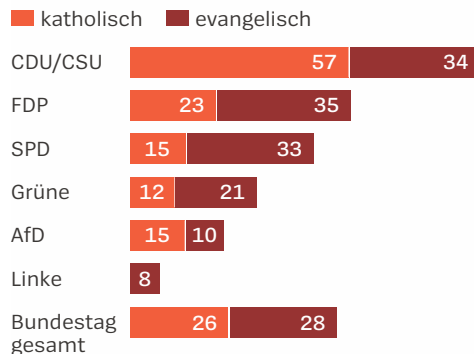
Katrin Göring-Eckardt war von 2009 bis 2013 Synodenpräses der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretsch-

mann ist bekennender Katholik, die Berliner Umweltsenatorin Bettina Jarasch gehört dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Sie sieht die Kirche unter Druck: »Wenn die Bischöfe jetzt nicht die nötigen Konsequenzen ziehen und denken, die Kirche könne wieder zu dem zurückkehren, was einmal war, dann entziehen sie sich selbst die Existenzgrundlage.« Berlin werde nun eine landeseigene Beauftragte für Fragen der sexuellen Gewalt einsetzen.

»Wenn die katholische Kirche als Institution wieder Vertrauen zurückgewinnen will, muss sie sich endlich ihrer eigenen Zerrissenheit, ihren Widersprüchen und ihren strukturellen Defiziten stellen«, sagt Kretschmann. Da erkenne er zu wenig. »Um es auf den Punkt zu bringen: Hierarchie statt Monarchie.«

## Gut vertreten

Katholische und evangelische Abgeordnete\* im 20. Deutschen Bundestag, Anteil je Partei in Prozent



Zum Vergleich: 2020 waren **27 Prozent** der Bevölkerung katholisch, **24 Prozent** waren evangelisch.

\* nach Selbstausskunft; an 100 fehlende Prozent: andere Konfession/Religion, konfessions- bzw. religionslos, Atheist, ohne Angabe

Quelle: Deutscher Bundestag

Der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller bleibt skeptisch. »In Deutschland werden die Kirchen noch immer mit Glacéhandschuhen angefasst«, sagt er. Ein Grund sei das sehr religionsfreundliche Verfassungssystem, ein anderer die starke Stellung der beiden christlichen Kirchen in Bildung, Pflege, Gesundheitswesen. So ist die Caritas mit rund 25 000 Einrichtungen und mehr als 690 000 Mitarbeitern der größte soziale Arbeitgeber Deutschlands. »Wenn sich die Kirchen aus Krankenhäusern und Kitas herauszögen, würde ein Chaos sondergleichen ausbrechen. Mit so einem großen Player will sich niemand überwerfen, schon gar nicht in einer Pandemie«, sagt Schüller.

Beim Thema Missbrauch sieht er Spanien als Vorbild, das eine parlamentarische Untersuchungskommission zum sexuellen Missbrauch einsetzen wird. Ausgerechnet dort, wo die katholische Kirche noch einmal deutlich mächtiger ist, hat die Generalstaatsanwaltschaft bei den Diözesen die Herausgabe von Akten aller laufenden Missbrauchsverfahren verlangt. »Das ist ein echtes politisches Signal. So sollte es auch in Deutschland sein.«

Kann die Ampel die Wende schaffen? »Die Beißhemmung in Sachen Kirche ist weiter vorhanden«, sagt Schüller. Er nennt die Beispiele Jarasch und Kretschmann mit ihrer katholischen Sozialisation. Doch eine christliche Prägung muss kein Hindernis für Reformeifer sein, im Gegenteil.

Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow ist bekennender Christ. Politisch setzt er sich seit Langem dafür ein, das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen neu zu regeln.

Als Schlüssel sieht er die Finanzen. Ramelow hat dazu ein Gutachten angestoßen, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2020 veröffentlichte. Die Staatsleistungen an die Kirchen seien »ein Relikt aus der vordemokratischen Zeit einer Allianz von Thron und Altar«, heißt es darin. Ramelow will diese »Ewigkeitskosten« ablösen und mit einer Schlusszahlung beenden. »Dies ist ein Verfassungsgebot seit über 100 Jahren, und es ist längst überfällig, diese Aufforderung aus dem Grundgesetz endlich umzusetzen«, sagt Ramelow.

Die Kirchensteuer ist in seinen Augen ebenfalls ein Auslaufmodell, durch Austritt könne sich ihr jeder entziehen. Ramelow schwebt ein System wie in Italien vor, dort zahlt jeder Steuerpflichtige einen Teil seiner Abgaben als Kultursteuer und kann selbst festlegen, wohin das Geld fließt: an Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftliche oder soziale Projekte.

Ramelow war Gewerkschaftssekretär, ihm ist auch das kirchliche Arbeitsrecht ein Dorn im Auge, wonach die Mitarbeiter der Kirchen weder streiken dürfen noch Tarifverträge haben. »Es kann nicht sein, dass Diakonie und Caritas auf der geistigen Grundlage von nationalsozialistischem Arbeitsrecht Tarifverträge umgehen«, sagt er. Das Problem sei immer wieder im Bundestag behandelt worden,

angeschoben von FDP, Grünen und Linken. »Eine Mehrheit gab es nie. Aber womöglich kann sich das mit der Ampel jetzt ändern.«

Bei den Liberalen war die kirchenkritische Tradition lange besonders ausgeprägt, schon 1974 wurde auf einem FDP-Bundesparteitag gefordert, die Kirchensteuer abzuschaffen. In den vergangenen Jahren ruhte der reformerische Ehrgeiz etwas, das soll sich ändern. Die Privilegien der Kirchen seien nicht mehr zeitgemäß, sagt Franziska Brandmann, Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen. »Ich werde darauf drängen, dass die FDP das konkret zu ihrem Thema macht.« Es sei eine »genuin liberale Aufgabe, für einen weltanschaulich neutralen Staat einzustehen.«

Wie geht es nun weiter? Für die Staatsleistungen an die Kirchen ist das Bundesinnenministerium zuständig. Derzeit werde »der Zeitplan für die Vorlage eines Gesetzentwurfes« erarbeitet, teilte das Haus diese Woche mit. Sobald das sogenannte Grundsatzgesetz vorliegt, müssen Länder und Kirchen verhandeln, der Kirchenrechtler Schüller rechnet mit einer Dauer von fünf bis zehn Jahren.

Es wird ein hartes Ringen. Die Kirchen mögen geschwächt sein, gewaltigen Einfluss haben sie noch immer.

Trotzdem klingt ein Mann dieser Tage erstaunlich optimistisch. Johannes-Wilhelm Rörig, Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung, scheidet Ende Februar mit einem guten Grundgefühl aus seinem Amt. Durch den Koalitionsvertrag sei »eine neue Dynamik« entstanden, sagt er.

Der Posten des Missbrauchsbeauftragten soll endlich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, das war bislang nicht der Fall. Wer auch immer Rörigs Nachfolge antritt – er oder sie soll regelmäßig dem Bundestag Bericht erstatten. Nun müsse die Regierung zügig »ausloten, was sie maximal gegen Kindesmissbrauch zu tun bereit ist«, sagt Rörig. »Das sollte gerade in diesen Tagen oberste Priorität beim Bundeskanzler haben.«

Olaf Scholz hat gerade noch ein paar andere Themen auf dem Tisch, doch auch in seinen eigenen Reihen steigt der Druck. »So wie bisher geht es nicht weiter«, sagt Lars Castellucci, Religionsbeauftragter der SPD-Fraktion. »Wir müssen endlich zu Potte kommen.«

Castellucci will die bestehende »Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs« aufwerten. Das Gremium arbeitet bislang ehrenamtlich. Geht es nach Castellucci, soll die Kommission künftig anhand eines verbindlichen Leitfadens für die Aufarbeitung kontrollieren dürfen, wie intensiv sich die Kirchen durchleuchten lassen. Doch so etwas kostet Geld.

Das Thema, sagt Castellucci, werde in den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen. Spätestens da dürfte sich zeigen, was der Koalition ihre eigenen Vorsätze wert sind.

Melanie Amann, Felix Bohr, Sophie Garbe, Kevin Hagen, Christoph Hickmann, Valerie Höhne, Katharina Horban, Annette Langer, Serafin Reiber, Severin Weiland, Steffen Winter ■

# Reingewaschen

**AFD** Mit dem Ausstieg Jörg Meuthens haben die Völkischen die Oberhand. Bald könnten sie sogar die Doppelspitze kippen.

**E**ine der letzten Freundschaften Jörg Meuthens in der AfD endete mit einem Facebook-Beitrag. Joachim Kuhs, Kollege von Meuthen im AfD-Bundesvorstand und im Europaparlament, schrieb vergangenen Samstag: Er wisse, dass viele wegen seiner achtjährigen »freundschaftlichen Beziehung« zu Meuthen auf eine Erklärung von ihm warten würden. Die kommt dann kurz und schmerzlos: »Ich bleibe«, steht auf einem Porträtfoto von Kuhs, mit Ausrufezeichen. Er sei Meuthen dankbar, bedauere aber sehr, dass der gemeinsame Weg nun »ein so plötzliches Ende gefunden hat«.

Einen Tag zuvor war Jörg Meuthen, bis dahin Parteichef, aus der AfD ausgetreten. Nach mehr als sechs Jahren an der Spitze hatte er per Interview mit der ARD verkündet, dass ihm die Partei inzwischen zu rechts sei, dass Teile »nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« stünden. Er sehe höchstens noch in den östlichen Bundesländern eine Zukunft für die AfD.

Für Kuhs und viele andere bricht Meuthen mit seinem ruppigen Abgang ein Tabu, erst recht so kurz vor der gerichtlichen Entscheidung, ob der Verfassungsschutz die Gesamt-

partei als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen darf. Dafür liegt nun ein gewichtiges Argument mehr vor.

Meuthens Austritt ist der Beginn eines neuen Kapitels der AfD, wie so oft in ihrer recht kurzen Geschichte. Nach Bernd Lucke und Frauke Petry verlässt mit Meuthen schon der dritte Chef innerhalb von neun Jahren die AfD. Noch dazu der letzte Professor aus der ersten Reihe. Was sind seine Gründe? Und was bedeutet sein Abgang für die AfD, zumal für die Parteispitze?

Überraschend kam der Schritt nicht. Der Co-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla drohte seinem Kollegen Meuthen schon im Sommer unverhohlen: Die AfD mache ein »Waschprogramm mit drei Schleudergängen« durch, gerade laufe der dritte. Die Metapher war so zu verstehen, dass der erste Gang Lucke erwischt, der zweite Petry, und der dritte Meuthen auswaschen würde. Folgt man Chrupallas Bild, wäre die Partei nach Meuthen die fertig geschleuderte AfD, eine »rein« rechtsextreme.

\* Mit Parteikollegen Björn Höcke, Andreas Kalbitz, Alexander Gauland und Ralf Özkara.



Vorsitzender Meuthen (2. v. r.) beim »Kyffhäuser«-Treffen 2017\*: Verlorener Machtkampf